

Einsteintag

**Festsitzung am 30. November 2012
im Nikolausaal Potsdam**

Grußansprache des Präsidenten Günter Stock

Sehr geehrte Frau Ministerin Kunst,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Jakobs,
sehr geehrter Herr von Dohnanyi,
Exzellenzen,
sehr geehrte Präsidenten,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ganz herzlich begrüße ich auch die Preisstifter, die Vertreter der Stiftungen, die in diesem Jahr ausgezeichneten, und ich freue mich sehr, dass auch der ehemalige Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Dr. Manfred Stolpe, heute unser Gast ist. Seien Sie alle sehr herzlich willkommen zum Einsteintag 2012, den wir zum nunmehr siebenten Mal in der Landeshauptstadt Brandenburgs, nämlich hier in Potsdam, begehen können – eine Stadt, die, vor allem auch für den Preußenkönig Friedrich II., einen der herausragenden Mäzene unserer Akademie, eine kaum zu unterschätzende Bedeutung hat.

Die Länder Berlin und Brandenburg haben zu Beginn der 1990er Jahre mit der Neukonstituierung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, die sich ihrerseits auf die Preußische Akademie der Wissenschaften beruft, ein deutliches Zeichen ihrer Zusammengehörigkeit und der – aller Schwierigkeiten zum Trotz – geistigen Einheit unserer Region gesetzt.

Wir fühlen uns daher beiden Ländern in gleicher Weise verpflichtet und sind dem Land Brandenburg auch besonders für die Mitfinanzierung und Beheimatung der am Neuen Markt ansässigen Arbeitsstellen unserer Potsdamer geisteswissenschaftlichen Akademienvorhaben dankbar. Wie jedes Jahr präsentieren sich diese Vorhaben auch heute wieder hier im Foyer des Nikolaisaales mit einem kleinen Leistungsquerschnitt ihrer Forschungen.

Diese geisteswissenschaftlichen Projekte werden durch ein in der Welt einmaliges Programm, das von Bund und Ländern gemeinsam finanzierte Akademienprogramm getragen, welches regelmäßig evaluiert und durch Neuvorhaben ergänzt wird. Zu unserer großen Freude hat die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK), der die letzte Entscheidung über die Gewährung der Mittel obliegt, in diesem Monat

das Akademienprogramm 2013 mit einem Etat von 57 Millionen Euro für geisteswissenschaftliche Forschung bewilligt. Das Akademienprogramm ist damit, wie auch der Generalsekretär der GWK unterstrich, ein Flugschiff der Förderung für die Geisteswissenschaften in Deutschland, das weltweit seinesgleichen sucht. Mit der Bewilligung des Etats 2013 nimmt das Akademienprogramm und damit auch die beteiligten acht Akademien an einer fünfprozentigen Anhebung der Finanzierung teil – und zwar in Anlehnung an den Pakt für Forschung und Innovation, dessen sonst nur die großen Forschungsorganisationen teilhaftig werden. Es ist eine, angesichts der Tatsache, dass die Förderung der Geisteswissenschaften in den umliegenden Ländern Europas zunehmend in Bedrängnis gerät, äußerst weitsichtige Entscheidung der deutschen Politik, die erkannt hat, dass es eben nicht nur der Naturwissenschaften bedarf, um unsere Zukunft verantwortungsvoll zu gestalten, sondern gerade auch der Geistes- und Sozialwissenschaften.

Es ist, wie Sie sich erinnern werden, zwischenzeitlich zu einer guten Tradition geworden, im Rahmen des Einsteintages auch das aktuelle *Jahresthema* unserer Akademie auszurufen. Unser letztes *Jahresthema*, das vor kurzem ausgelaufen ist, stand unter dem vielsagenden und vielversprechenden Motto *ArteFakte. Wissen ist Kunst – Kunst ist Wissen*. Ziel der Initiative der Jahresthemen ist es, einen aktiven Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft über wichtige Themen zu initiieren, neue Entwicklungen aufzuzeigen, Impulse zu geben, über Forschungsprojekte der Akademie zu informieren, aber auch die Aktivitäten wissenschaftlicher und kultureller Institutionen unserer Region unter einem Themendach zu bündeln, um dadurch die interinstitutionelle Vernetzung nachhaltig zu fördern.

Heute darf ich Ihnen unser neues *Jahresthema* verkünden: Es lautet *Zukunftsort: EUROPA*. Angesichts der täglichen Debatten und Berichte über Europaskepsis, Europamüdigkeit, Europaverantwortung und dergleichen mehr ist der Zeitpunkt, so finden wir, sicherlich gut gewählt, sich mit diesem Thema intensiver auseinanderzusetzen, denn bislang – wenn wir ehrlich sind – hat sich die Wissenschaft eher darauf beschränkt, Europa als eine Institution zu sehen, bei der wir zwar komplizierte, aber gleichwohl hochdotierte Finanzierungen für unsere Forschungsarbeiten erhalten. So kann für uns kein Zweifel daran bestehen, dass eine Akademie der Wissenschaften wie die unsrige eine besondere Verantwortung trägt, sich mit besonderem Engagement um das Thema Europa zu bemühen: Der europäische Gedanke ist zu wichtig, um ihn in einem Strudel aus Überdruß, Skepsis und Müdigkeit untergehen zu lassen!

Europa ist mehr als eine Institution oder eine Wirtschafts- und Währungsunion; Europa ist Kultur- und Rechtsraum, wenn auch ein schwer definierbarer Raum, ein Raum, dessen Definition sich jeweils der Zeitläufte oder Vision entsprechend verschiebt. Europa ist also gleichsam stets der Ort, an dem Europa selbst neu entworfen wird: *Zukunftsort: EUROPA* eben – seit vielen hundert Jahren, und hoffentlich auch

in gegenwärtigen Krisen! Ich freue mich daher sehr, dass Klaus von Dohnanyi, Vorsitzender des Senats unserer Akademie und ehemaliger Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, zum Auftakt des neuen *Jahresthemas* den Festvortrag zum Thema „Die Europäische Union – vom Traum zur Mühe der Praxis“ hält. Besser, meine Damen und Herren, könnten wir nicht beschreiben, um was es uns bei diesem Jahresthema geht.

Herrn von Dohnanyi muss man weder in diesem Kreis noch in der größeren Öffentlichkeit näher vorstellen. Wenn wir dies dennoch tun, dann nur, um uns allen seinen eindrucksvollen Lebensweg und sein derzeitiges Engagement noch einmal deutlich vor Augen zu führen.

Dr. Klaus von Dohnanyi hat in München, Stanford und Yale Rechtswissenschaften studiert, ging in die Wirtschaft, ehe er von 1968 bis 1981 für die SPD als Staatssekretär und als Minister in den Ressorts Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft sowie im Auswärtigen Amt (damals schon zuständig für Europa) Regierungsverantwortung auf Bundesebene übernahm. Von 1981 bis 1988 war er Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, die aufgrund ihrer Lage, ihres Potenzials und ihrer Geschichte stets eine weltoffene Metropole geblieben ist. Nach 1990 erwarb sich unser Festredner bleibende Verdienste beim wirtschaftlichen Wiederaufbau in den neuen Bundesländern. Derzeit ist Klaus von Dohnanyi stellvertretender Vorsitzender des Konventkreises für Deutschland, Mitglied des Club of Rome und aktiv in den Beratungsgremien der Bundesrepublik zu den Themen Atomausstieg, Anpassungsstrategien in der Klimapolitik und Mindestlohn.

Heute Abend wird Herr von Dohnanyi, wenn Sie so wollen am Vorabend der Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union in Oslo, über Europa sprechen.

Bevor ich nun Ministerin Kunst für ihr Grußwort auf die Bühne bitte, gestatten Sie mir noch einige erklärende Worte zum weiteren Programm des diesjährigen Einsteintages: Auf das Grußwort von Frau Professor Kunst folgen die Vorstellung der neuen Mitglieder der Akademie durch Vizepräsident Christoph Marksches und der Festvortrag von Herrn von Dohnanyi.

Nach einem musikalischen Intermezzo werden Preise an den wissenschaftlichen Nachwuchs verliehen: Den Anfang macht der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam, Jann Jakobs, mit der Verleihung des Potsdamer Nachwuchswissenschaftler-Preises – eine schöne Tradition, die Frucht einer Kooperation der Landeshauptstadt Potsdam mit unserer Akademie ist. Des weiteren freuen wir uns, heute Abend auch den Preis der Monika Kutzner Stiftung zur Förderung der Krebsforschung an Herrn Dr. Thomas G. Hofmann sowie den Preis der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften gestiftet von der Peregrinus-Stiftung (Rudolf Meimberg) an Frau Dr. Natalia Artemieva verleihen zu können.

Musikalisch werden wir in diesem Jahr durch Bolero Berlin erfreut: In diesem Ensemble fröhen vier Berliner Philharmoniker ihrer Liebe zur südamerikanischen Musik, nämlich: Martin Stegner, Manfred Preis, Esko Laine und Raphael Haeger. Der spezielle ausdrucksstarke Sound der Gruppe wird durch den namhaften Jazzgitarristen Helmut Nieberle und den argentinischen Schlagzeuger Daniel „Topo“ Gioia komplettiert. Da der Pianist des Ensembles jedoch für den heutigen Abend kurzfristig zum Dirigieren nach Haiti eingeladen wurde und das Ensemble ihm diese Chance natürlich nicht verwehren wollte, mussten die Musiker ihr angekündigtes Programm umstellen – so hätten sie zu bieten: *Tico Tico* von Zequinha de Abreu zum Auftakt, gefolgt von Django Reinhardts *Troublant Boléro* und Nieberles *Chorinho de la casa* im Intermezzo, und zum Finale hören wir *At the Mambo Inn* von Mario Bauzá.

Ihnen allen, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich noch einmal herzlich dafür danken, dass Sie heute unsere Gäste sind, und ich darf jetzt Frau Ministerin Kunst um ihr Grußwort bitten.

Grußwort der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Sabine Kunst

Sehr geehrter Herr Professor Dr. Stock,
Herr Professor Dr. Markschies,
Herr Dr. von Dohnanyi,
Herr Oberbürgermeister Jakobs,
sehr geehrte Damen und Herren, Mitglieder, Freunde und Förderer der
Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften,

es freut mich sehr, anlässlich der Festsitzung zum Einsteintag wieder ein Grußwort an Sie richten zu dürfen.

Die Verbundenheit der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften mit dem Land ist eine Konstante und zeigt immer wieder ihre positiven Wirkungen:

In diesen Tagen geht zum Beispiel das vom Land mit vielfältigen Aktivitäten gewürdigte Jubiläum zum 300. Geburtstag Friedrichs II. zu Ende. Das Themenjahr ist ein großer Erfolg, zum Beispiel mit der überaus faszinierenden und sehr stark besuchten Ausstellung „Friederisiko“.

Auch die Akademie hat sich an den Aktivitäten beteiligt, mit einem – wie ich meine – sehr bereichernden Projekt: So wurden Plenarsitzungsprotokolle der Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften aus den Jahren der Regentschaft des Königs (1740–1786) veröffentlicht.

Darin erfahren wir viel über die Akademie in dieser Zeit und damit über Wissenschaftsgeschichte: Heute nachzulesen, welche Regelungen der König in seinen 1746 erlassenen Statuten der Akademie gab, ist überaus interessant:

„Jede Klasse“ – bestimmte der König – „setzt sich zusammen aus Veteranen, Gehaltsempfängern und assoziierten Mitgliedern. Die Veteranen sind jene, die nach langjährigen Diensten es verdient haben, von ihren akademischen Funktionen entbunden zu werden unter Beibehaltung ihrer Gehälter und all ihrer Vorrechte.“ (Plenarsitzungsprotokoll der Académie Royale des Sciences et Belles-Lettres de Prusse vom 2. Juni 1746)

Auch Internationalität ist bereits in den damaligen Regelungen angelegt: „Die auswärtigen Mitglieder der Akademie werden aus allen Nationen ohne Unterschied berufen, vorausgesetzt, ihre Verdienste sind anerkannt.“ (Plenarsitzungsprotokoll vom 2. Juni 1746)

Zudem – und so schließt sich der Kreis zu einem der Programmpunkte der heutigen Festsitzung – ordnete der Preußenkönig schon damals an, dass die Akademie jedes Jahr einen Preis für denjenigen aussetze, „der das von der Akademie vorgeschlagene Preisaufgabenthema am besten behandelt hat.“ (Plenarsitzungsprotokoll vom 2. Juni 1746)

Das Beispiel zeigt, dass die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaft wichtige Beiträge im regionalen Kontext liefert – zugleich aber für Forschung auf höchstem internationalem Niveau steht.

Ein besonderes Ziel der Akademie ist es, Erkenntnisse und Diskurse aus Wissenschaft und Forschung einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Veranstaltungen – wie zum Beispiel der Einsteintag – haben eine große Bedeutung für die Bürgerschaft insgesamt.

Ich möchte der Akademie – ihren Mitgliedern, den besonderen Funktionsträgern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – dafür ganz ausdrücklich danken!

Schon jetzt blicke ich sehr gespannt auf das neue Themenjahr der Akademie *Zukunftsort: Europa*, das mit dem Vortrag von Ihnen, Herr von Dohnanyi, heute eröffnet wird.

Gerade Regionen wie unsere profitieren von der europäischen Integration: Das Ende des Ost-West-Konfliktes hat die Wiedervereinigung Deutschlands ermöglicht und eine Annäherung von Staaten, die lange Zeit durch den Eisernen Vorhang getrennt waren. Grenzen sind heute offen; mit unseren Nachbarländern gibt es sehr freundschaftliche Beziehungen. Etwas, wofür wir als Deutsche besonders dankbar sind.

Für Brandenburg steht die Zusammenarbeit mit Polen ganz besonders im Zentrum. Dies zeigt sich auch in der Hochschulstruktur, wo wir mit Frankfurt (Oder) eine Stadt an der Grenze als Standort der Europa-Universität Viadrina haben, die gerade auch Studierende aus Polen und Deutschland, aber natürlich auch aus weiteren Nationen anzieht und miteinander in Kontakt bringt.

Die Offenheit der Grenzen – zumindest innerhalb der Europäischen Union – gewährleistet eine weitgehende Niederlassungsfreiheit. Der intensive Handel, über nationale Grenzen hinweg reichende regionale Kooperationen – all das, meine Damen und Herren, sind Errungenschaften, die ich nicht missen möchte.

Es sind aber nicht nur individuelle Freiheiten, die wir mit der Europäischen Einigung verbinden. Auch in vielen praktischen Fragen der Strukturentwicklung wirken sich Aktivitäten der EU aus: Substanziell sind sie beispielsweise für den Ausbau der Forschungslandschaft.

Im Land Brandenburg steht zum Beispiel der Wissenschaftspark Golm eindrucksvoll dafür, dass mit Mitteln aus den EU-Fonds Brücken zwischen Forschung und Industrie geschaffen werden. Seit Mitte der 1990er Jahre hat sich dort eine

Vielzahl renommierter Wissenschaftseinrichtungen und Universitätsinstitute angesiedelt.

Dazu gehören die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Potsdam mit 6.600 Studierenden, 2 Fraunhofer-Institute und 3 Max-Planck-Institute.

Ihnen folgten mehr und mehr technologieorientierte Unternehmen, die die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft suchen und brauchen. Mehr als 1.300 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler arbeiten im Wissenschaftspark, 600 davon in Einrichtungen, die mit EFRE-Mitteln geschaffen wurden.

Heute zählt der Wissenschaftspark zu den bundesweit herausragenden Innovations- und Kompetenzzentren und ist national und international anerkannt. Der bewusste Einsatz von EU-Mitteln hat dazu nicht unerheblich beigetragen.

Meine Damen und Herren, mir ist bewusst, dass das Themenjahr der Akademie ganz weit gefasst sein wird und Sie in einer großen Intensität zum Beispiel kulturelle, historische und sozialwissenschaftliche Fragestellungen verfolgen werden. Ich bin überzeugt, dass Sie den Diskurs zur Zukunft Europas voranbringen. Ich freue mich auf den gemeinsamen Abend und auch auf die kommenden Veranstaltungen. Vielen Dank!

Vorstellung der neuen Akademiemitglieder

CHRISTOPH MARKSCHIES

Klaus Lucas, Frau Ministerin, Herr Präsident, meine Damen und Herren, der technische Thermo-Dynamiker Klaus Lucas gehört natürlich nicht zu den hier und heute vorzustellenden neuen Mitgliedern, die die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften im zu Ende gehenden Jahr aufgenommen hat und denen heute (teils in absentia) das Mitgliedsdiplom überreicht wird. Nein, Klaus Lucas ist bereits seit 1999 Mitglied der Akademie und ich beginne meine Vorstellung von neuen Mitgliedern des Jahres 2012 mit seinem Namen, weil er als Vizepräsident in den letzten Jahren Standards gesetzt hat bei der Vorstellung der neuen Mitglieder, die nicht eben leicht zu erreichen sind. Diejenigen, die uns schon einmal die Ehre gegeben haben in Berlin und Potsdam, aber natürlich auch alle Mitglieder und Mitarbeitenden werden sich erinnern an die offenkundig durch gründlichste Archivrecherchen von langer Hand vorbereiteten Funde aus der Akademiegeschichte – Gespräche zwischen Leibniz und Sophie Charlotte, aber auch zwischen Friedrich dem Großen und dem Präsidenten seiner Akademie, Pierre-Louis Moreau de Maupertuis.

Sie ahnen, Frau Ministerin, Herr Präsident, meine Damen und Herren: Klaus Lucas hat die Archive gründlichst durchsucht, zu diesen großen Namen kann ich nichts mehr bieten aus den Kellern unseres Hauses und sonstigen Grüften der Wissenschaft. Aber da der Standard nun einmal gesetzt ist, erlaube ich mir, Zuflucht zu nehmen zu einem Präsidenten der Sozietät zwischen Leibniz und Maupertuis, nicht dem Theologen Jablonski, wie Sie vielleicht von mir erwarten, sondern zu einem Theologensohn, zu dem Historiker Jacob Paul Gundling, der nach seinem Tode am 11. April 1731 „mit seinem schönsten Kleid und einer großen Perücke“ (wie es in einer zeitgenössischen Quelle heißt) auf Wunsch des Soldatenkönigs hier auf dem Bornstedter Friedhof in einem Weinfass beigesetzt wurde – und das, obwohl ein Potsdamer Pfarrer den ebenso jähzornigen wie frommen Monarchen von seiner Idee eines höhnischen Memento mori abzubringen versuchte¹. Herausgefordert von

¹ Für die folgende plagiatorische Frechheit wurde der Vortragende (neben den üblichen Quellen und Darstellungen zur Akademiegeschichte, die hier nicht bibliographiert sind) angeregt durch Sabrow, Martin: *Herr und Hanswurst. Das tragische Schicksal des Hofgelehrten Jacob Paul von Gundling*. Stuttgart, München 2001.

den Archivfunden meines Vizepräsidentenkollegen Klaus Lucas habe ich nun zwar keinen Leibniz und Maupertuis zu bieten, aber ein Gespräch zwischen dem Soldatenkönig und seinem Präsidenten Gundling, überraschend aktuell – aber diese besondere Gegenwartigkeit der Vergangenheit kennen wir ja schon.

Das Gespräch zwischen Gundling und dem Monarchen hat in einem nüchtern weiß gestrichenen Raum des nahe von hier gelegenen Potsdamer Stadtschlusses stattgefunden, einem Raum voller Tabakrauch-Schwaden, und wurde begleitet von allerlei Kommentaren der etwas alkoholisierten Tafelrunde, die ich im folgenden ausblende.

Der Monarch begann: He, sagt Ihr, Gundling, was macht die Akademie? Wieder nur Lateinisch sprechende Philosophen zugewählet? Etwas ohne jeden praktischen Nutzen?

Gundling: Ach, Majestät, natürlich nicht. Wir fürchten doch Euren Zorn wie nichts sonst mehr. Martin Carrier von Bielefeld haben wir zugewählet und bitten um allerhöchste Bestätigung. Hat neben der Philosophia auch Nützliches studiert, Physik und Paedagogiam. Und versteht etwas von der Geschichte der Astronomie und Alchemie. Aber ganz besonders interessieret ihn, ganz wie den Leibniz auch, wie *theoria cum praxi* stimmt, das Verhältnis von Theorie und Empirie. Gern möchte er wissen, wie sich im Wechsel der Theorien ein „konvergenter Fortschritt“ und „Annäherung an die Wahrheit“ erreichen lässt. Wissenschaft im Anwendungskontext beschäftigt ihn in jüngster Zeit. Und Carrier versucht (und hier formuliert Gundling für meinen Geschmack überraschend modern), Philosophie des Geistes aus der Perspektive einer wissenschaftstheoretischen Analyse der modernen Psychologie zu betreiben. Und doch auch den Nicolaus Copernicus hat spannend er dargestellt (und, wie ich hinzufügen darf, schon auf der zehnten Seite auch Sigmund Freuds Interpretation der heliozentrischen Revolution als große Menschheitskränkung behandelt)². Ein überaus nützlicher Vertreter seines Standes also, Eure Majestät.

Monarch: Ei, das hör ich gern. Ein wahrer Philosophus practicus, der nicht lateinisch speculiret, sondern ein Plus macht. Und einer, der noch nach der Wahrheit fragt. Den dürft ihr freilich wählen. Und wen mögt ihr mir sonst noch präsentieren?

Gundling: Wolltet ja, dass wir als Societät auch Beiträge zur Unterhaltung der medizinisch-chirurgischen Akademie leisten und für das *Theatrum anatomicum*, und haben also gewählet Philippus van der Eijk aus Delft, nun in Berlin. Hat viel nützliche Medizin aus alter Zeit in *Tempora nostra* gebracht, Hippokrates und einen zweiten Hippokrates sogar, den Diokles von Karystos, und natürlich den Galen. Hat

² Carrier, Martin: *Nikolaus Kopernikus*. München 2001, S. 10 (= Beck'sche Reihe 588: Denker).

aber auch Poesiam übersetzt in seine Sprache, Novalis, Rilke, Trakl und Benn, nicht nur den Galen in englische Sprache mit klugem Kommentar. Und ediert fleißig das Wissen der Alten über Medizin und Traum und Seele in feinen Bänden im Verlag, der genannt ist nach Eurer Akademie.

Monarch: Poesiam mag ich gar nicht leiden, doch Medizin, die liegt mir sehr. Ach, wenn wir doch viele Doctores hätten, wo mich und meine Untertanen zu heilen vermöchten. Denen würd' ich gern vertrauen und so geforscht seh ich an meiner Societät gar gern. Und dann, wen habt ihr noch?

Gundling: Frau Weyma Lübbe von Regensburg, die haben wir auch zugewählt. Hat Oeconomiam studieret, und die Philosophie dazu. Und fragt, wie wir verteilen, was der Gesundheit frommt, effizient und doch ethisch vorbildlich – von Allokationsethik spricht man da, Euer Majestät. Ganz praktisch geht es ihr darum, wie man, wenn denn gespart muss werden in Preußen und auch anderswo, die knappen, aber kostbaren medizinischen Applicationes verteilt in unserem Land. Interessiert sich auch für die Theorie der Gesellschaft und die Geschichte der Gesellschaftswissenschaften. Folgt wie der Carrier damit dem Leibniz, *theoria cum praxi*, und ist eine kluge Disputantin gleich dazu.

Monarch: Hab die Frauen eigentlich vom Collegium ausgeschlossen. Doch seh ich nun, dass Ihr beginnt, sie fröhlich zu wählen. Doch hab ich einst gesagt: „Nicht rationieren, sondern ein Plus machen.“ Macht Ihr ein Plus mit Eurer – wie sagt Ihr gleich – Allokationsethik, so ist's mir recht, denn es hilft mir sparen und konsolidieren die Finanzen. Wer ist der nächste, Gundling, sprich?

Gundling: Der Quante ist es, Michael. Nun wisst ihr wohl, mein Herr und König – hab Euch einst sehr erzürnt mit meinen atheistisch Reden. Der Quante forscht, ich muss es eingestehen, in Münster in Westfalen nicht nur über Hegel, sondern auch über den Marx, der mocht die Könige nicht sehr gern leiden und ihre Ökonomie dazu nicht sehr. Und Atheist war er dazu. Doch Quante hilft uns auch, den Tod des Menschen recht zu denken, das *Memento mori* fein. Und ob wir Organe andrer nutzen dürfen, die Präimplantationsdiagnostik (auch hier ist Gundling überraschend modern) üben sollen – und forscht sogar seit neu'rer Zeit in einem Cluster über Religion.

Monarch: Nun gut, ich hab Euch hart gestrafet für solche Allotria, wenn er uns lehrt das *Memento mori* und wie wir vom Tod nun denken sollen, dann ist er recht und kann gewählt nun werden. Mach Er schneller, meine Zeit ist knapp.

Gundling: Japanisch ist in aller Munde und manches japanische Lackmöbel hat Euer Vater in seinen Schlössern aufgestellt, in Potsdam, in Berlin und in Wusterhausen. Was es mit diesen Möbeln, was es mit der Kunst aus diesen Landen auf sich hat, das – Majestät – erklärt Euch die Frau Trede, die Melanie. Aus Heidelberg, in der Kurpfalz. Was Bilder sagen, was die Malerei bedeutet an Euren Schränken und

sonstwo, auf Schirmen und Gestellen – diese Frau, sie weiß es und verfolgt, wie eine einzige Geschichte illustriert wird in vielen Stilen.

Monarch: Hab doch schon gedacht, ob diese Möbel ich nicht verkaufen sollt, wie anderen Tand und Plunder. Doch hab ich mich gezieret und sehe nun, dass ich gar recht damit getan. Hurtig weiter, Gundling, sonst zieh ich die Peitsche.

Gundling: Christian Rehtanz, Euer Majestät, widmet sich der Technik. Jener Technica, die Ihr so liebt und gern seht in dieser Societät: Wie Energie kann übertragen werden in dem Heiligen Röm'schen Reich, Systeme ausgebaut und stabilisiert werden können, wie die Spannung bleiben kann in dem einen Netze, dass wir keine Kerzen brauchen in den Hospitälern und Kasernen. Wie man all das regelt, das beschäftigt ihn in der Hohen Schule Dortmunds. (Wenn ich für die, die das antiquierte Deutsch dieser Vorstellung langweilt, noch ein paar sehr gegenwärtige Begriffe zufügen darf: smarte Ideen für zukünftige Stromnetze mit innovativen Ideen für Netzengpässe.)

Monarch: Famos. Das hör ich gern. Technica, am Leben orientiert, und Energie, die meine Oeconomiam fördert. Unbedingt zu wählen. Und gleich arbeiten lassen, hier in Preußen. Doch kommt zum Ende, schnell. Wir beide wollen trinken. Er muss, ich will.

Gundling: Hartmut Döhner hab ich noch nicht genannt. Ist Doktor der Medizin. Und Direktor der Klinik in Ulm in Schwaben, behandelt, was Ihr noch gar nicht kennt: Hämatologie, Onkologie, Rheumatologie und Infektionskrankheiten.

Monarch: Meint Er die Influenza, Gundling? Natürlich kenn ich die.

Gundling: Ja, aber seine Forschung die geht doch auf ein andres Ziel: Leukämie, Hyperleukozytose, was man einst vereitertes Blut genannt. Die Zellbiologie dieser heimtückischen Krankheit studiert er gern und behandelt einen jeden Kranken nach seiner eigenen Weise, was man jenseits des Kanals „individualized medicine“ nennt. (Wieder ein paar Stichworte für die, die Gundling doch sehr altmodisch finden: Döhner geht es um die Bedeutung von genetischen Läsionen für das Verständnis der Krebsentstehung und die Entwicklung molekularer Therapien, am Beispiel der akuten myeloischen Leukämie.)

Monarch: Eitrig Blut mag ich nicht haben. Hab ich aber. Fesselt mich ans Bett und bringt mir arge Melancholia. Sitz ich im Bett und male missvergnügt. Gut, dass Ihr ihn zugewählet. Nun ist aber Schluss, mein lieber Gundling.

Gundling: Natürlich, Majestät. Doch bevor wir schließen, will ich Euch noch eine nennen, die wir gar zu gerne hätten in der Societät: Constance Scharff aus Dahlem, aus der Freien Universität. Sie weiß wohl zu sagen, warum unsere Vögel singen, was in ihrem Hirn geschieht und wie die Neuronen neu und differenziert werden, dort recht eingebaut. Sie weiß auch zu sagen, wie man macht, dass die Vögel schwerer Singen lernen ...

Monarch: Und das passt mir gut. Grillen mag ich gar nicht leiden, Grillen nicht am Baum, aber auch nicht in der Societät. Habt Ihr praktisch zugewählt, nicht die bloße Spekulation. Habt Ihr Menschen ausgewählt, die das Land peuplieren helfen, die Oeconomiam vorwärts bringen und uns das Memento mori lehren. Werd ich Eure Societät also doch nicht einfach schließen, sondern noch einmal gnädig sein und ...

Hier, Frau Ministerin, Herr Präsident, endet das Stenogramm des Gesprächs im kalkweißen Zimmer des Potsdamer Stadtschlusses. Wahrscheinlich trieb der Monarch im Folgenden üble Scherze mit dem Akademiepräsidenten. Das ist, liebe Frau Kunst, bei heutigen Politikern Gott sei Dank anders. Die Akademie hat gewählt, kluge Männer und Frauen, für theoria cum praxi. Damit lässt sich auch viele Jahrzehnte nach Gundling etwas anfangen, und nun darf ich die Mitgliedsdiplome überreichen.

Die Europäische Union – vom Traum zur Mühe der Praxis

FESTVORTRAG VON KLAUS VON DOHNANYI

Europa befindet sich in tiefen Krisen: Wettbewerbsfähigkeit ist verloren gegangen; Staatsverschuldungen sind dramatisch gestiegen; das Vertrauen in das Projekt Europa schwindet zusehends. Doch wir führen keine ehrliche Debatte über die Gründe. War es wirklich die Weltwirtschaftskrise, die uns in diese Lage geführt hat? Der Kollaps der Finanzmärkte vor fünf Jahren, dann die realwirtschaftliche Rezession – the Second Great Contraction – und nun die sozial schmerzhafteste Last übermäßiger privater und öffentlicher Schulden – sie scheinen doch als Kausalkette eindeutig. Oder ist die gemeinsame Währung der Eurozone der entscheidende Grund für das Aufflammen alter Vorurteile und Spannungen, und beruhte schon der Euro selbst auf einem Missverständnis der Möglichkeiten Europas?

Warum führen wir alles auf die Folgen der in den USA entstandenen großen Wirtschafts- und Finanzkrise zurück und machen Banken und Finanzwirtschaft für den miserablen Zustand Europas verantwortlich? Ist es vielleicht bequem, einen anderen Schuldigen als die eigene Politik der Europäer zu haben? Lassen Sie uns zunächst diese Frage überprüfen.

Zum Kernpunkt der Krise heute: zur Staatsschuldenkrise. Es ist nachweislich falsch die hohen Staatsschulden in der Eurozone in erster Linie auf die Finanzkrise zurückzuführen. Einige wenige Zahlen zum Verhältnis Schuldenquote/Bruttoinlandsprodukt (BIP), das Maastricht-Kriterium, können das belegen: Deutschland hatte 1980 eine Quote von 30 Prozent Staatsschulden am BIP, 2005, also vor der Krise, schon 69 Prozent; mehr als „Maastricht“ erlaubt. Griechenland 1980 etwa 22,5 Prozent, 2005 dann 101 Prozent; Frankreich 1980 nur 20,7 Prozent, 2005 aber dann 61 Prozent; Italien 1980 rund 57 Prozent, dann 2005 schon 105 Prozent. Und so weiter. Die Lage in Spanien und Irland war allerdings anders; hier wirkte in einem ungezügelter Immobilienboom die Krise spürbar.

Die Finanzkrise hat die Probleme zwar verschärft, aber nirgendwo verursacht. Auch ohne sie wäre der staatliche Schuldenstand in Europa wahrscheinlich von Konjunkturzyklus zu Konjunkturzyklus weiter angestiegen, und auch die Immobilienblase in Spanien und Irland wäre irgendwann geplatzt. Was war aber dann die Ursache? Alles resultierte letztlich aus der Unfähigkeit der Politik sich den Folgen der Globalisierung zu stellen. An Schulden ist nämlich immer zunächst der Schuldner schuld und nicht der Gläubiger!

Auch was Streit und Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Europäischen Union angeht, lässt – wie so oft im Leben – der Blick zurück manches rosiger erscheinen, als es war. Schon die Römischen Verträge von 1957, also die Gründungsurkunden der heutigen Europäischen Union, wurden von Großbritannien nicht unterzeichnet. Churchill hatte zwar 1946 in seiner Züricher Rede die „Vereinigten Staaten von Europa“ gefordert – aber Großbritannien ausdrücklich ausgenommen. Der Inselstaat, der in diesen Tagen wieder droht eine spaltende Sonderrolle einnehmen zu wollen, blieb weitere 15 Jahre lang der Wirtschaftsgemeinschaft fern und, nach zögerlichem Beitritt 1973, ertrug in den 80er Jahren eine finanzielle Sonderbehandlung, weil Mrs. Thatcher unnachgiebig ihr „money back“ verlangte. Großbritannien hat eben gegenüber dem Kontinent seine Sonderrolle niemals aufgegeben.

Frankreich und Deutschland hatten immer wieder versucht, Großbritannien zum Beitritt zu bewegen, bis schließlich 1962 Präsident de Gaulle der Kragen platzte und er Bundeskanzler Adenauer vorschlug, den europäischen Weg mit Deutschland zunächst nur zu zweit zu gehen. Adenauer stimmte zu, aber der aus dieser historischen Stunde geborene Deutsch-Französische Freundschaftsvertrag, der sogenannte Élysée-Vertrag, wurde dann unter US-amerikanischem Druck in einer Präambel „atlantisch“ so verwässert, dass de Gaulle die Lust daran verlor und auf einen national-französischen Kurs umsteuerte. Dieser führte 1965/66 zu Frankreichs sogenannter „Politik des leeren Stuhls“, als nämlich die französische Regierung sich weigerte weiter am Entscheidungsprozess der EWG teilzunehmen (Ursache war ein Streit über Getreidepreise). Die Gemeinschaft wurde um Jahre zurückgeworfen.

Also: Meinungsverschiedenheiten und nationale Interessen waren in Europa nach 1957 immer im Spiel und es wäre auch ein Wunder gewesen, wenn amerikanische Hegemonie 1945 nicht nur die Waffen auf dem seit Jahrtausenden streitenden Kontinent, sondern auch die unterschiedlichen nationalen Identitäten und ihre Interessen hätte zum Schweigen bringen können. Woher aber stammen diese bis heute fortdauernden nationalen Identitäten? Um dies besser zu verstehen, müssen wir die europäische Geschichte erinnern.

Alles beginnt mit dem erstaunlichen Aufstieg Europas in der Neuzeit: Warum ließen wir wirtschaftlich und kulturell alle anderen Kontinente so eindeutig hinter uns? Die plausibelste Erklärung der Historiker hierfür scheint mir in der Tatsache zu liegen, dass Geografie und Völkermischung im europäischen Raum eine Vielfalt von Sprachen und Kulturen entstehen ließen, die in der gedrängten räumlichen Nähe, trotz vieler Gemeinsamkeiten, einen intensiven Wettbewerb stimulierten – damit natürlich immer wieder auch kriegerischen Streit! Aber es waren eben diese höchst kreativen Sprachräume, die eigenständige kulturelle Gewohnheiten und Mentalitäten formten. Der innereuropäische Wettbewerb machte dann Europa zugleich mächtig und zerstritten. Aus den Unterschieden entsprangen Größe und Kraft unseres Konti-

nents. Gewiss, es gab auch große kulturelle Gemeinsamkeiten: Christentum, Humanismus und die Wurzeln in der Antike. Aber wie in einem großen Wald gleichen sich die Bäume nicht, auch wenn sie auf demselben Boden stehen.

Diese regionalen Prägungen und die geografischen Barrieren haben eine europäische politische Einheit stets verhindert. Man stritt in Europa und verschmolz; man lernte voneinander und konkurrierte zugleich; Regionen, Stämme – und später Nationen – blieben sowohl sprachlich als auch kulturell bestehen. Die Römer unterwarfen zwar Griechenland, mussten aber die Griechen Griechen bleiben lassen; so ging es ihnen auch in Germanien, Gallien und Spanien. Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, in dem die Sonne angeblich nicht unterging, wurde von einem in Gent geborenen Kaiser aus der österreichischen Habsburger Monarchie, Karl V., von Madrid aus regiert. Aber die stolzen Niederlande wollten frei sein und fielen unter seinem Sohn vom Reiche ab. Heute sind die Beziehungen Spaniens zu Österreich, dem einst zentralen Sitzland der damaligen Habsburger, nicht anders als etwa zu Frankreich oder zu den einst abtrünnigen Niederlanden. Und noch heute lautet die niederländische, die wohl überhaupt älteste Nationalhymne: „Wilhelmus van Nassouwe/ben ik van Duitsen bloed/den Vaderland getrouwe/blijf ik tot in den dood“. Wilhelm von Nassau (oder auch Oranien) war ein Deutscher, aber zugleich der Anführer des Befreiungskriegs im 16. Jahrhundert und niederländischer Nationalität. Und im Kampf um Unabhängigkeit und Sicherheit, vor Sturm und Flut, entwickelten die Niederlande dann aus dieser Geschichte und aus ihren regionalen Besonderheiten eine bis heute einzigartige Bürgerkultur.

Sind diese Beispiele nur Vergangenheit? Ist Geschichte „bunk“ (Quatsch), wie Henry Ford einmal meinte? Sicherlich nicht: Geschichte ist eine mächtige, gegenwärtige politische Kraft. Wir Deutschen spüren das täglich, wenn wir uns an Nazi-terror und Holocaust erinnern – oder daran erinnert werden. Doch in anderen Ländern ist die Macht der Erinnerung kaum geringer. Als vor einigen Tagen Prime Minister Cameron Bundeskanzlerin Merkel mit einer roten Mohnblüte im Knopfloch empfing, werden die meisten deutschen Fernsehzuschauer wohl kaum verstanden haben, was in Großbritannien jedermann wusste: Die Blume war das Symbol für den Sieg Englands über Deutschland im Ersten Weltkrieg, damals im November 1918, also vor fast 100 Jahren. Und im November trägt man deswegen eben in Großbritannien noch heute roten Mohn!

Oder: Wenn der rechtspopulistische und steuerfeindliche Flügel der Partei von Mitt Romney sich Tea Party Patriots nennt und gelegentlich bei Veranstaltungen sogar Uniformen des 18. Jahrhunderts trägt, dann erinnert man damit an den Aufstand der amerikanischen Kolonien gegen britische Staatsherrschaft – die Boston Tea Party – und die aus London undemokratisch verordneten Teesteuern: „No taxation without representation“. Die Tea Party damals war eine Bewegung gegen den frem-

den Staat. Man nutzt diesen historischen Bezug – Tea Party – heute, um nun gegen die Steuerpolitik des „fernen“ Washington zu polemisieren: nach fast 250 Jahren!

Oder: Wenn in Ungarn das Wort „Trianon“ fällt, dann erinnern sich alle Ungarn – gleichgültig welcher Partei – noch heute zornig an den ungerechten Friedensvertrag von 1919, der Ungarn fast zwei Drittel seines Territoriums nahm – vor nahezu 100 Jahren –; und dann polemisiert man eben noch heute gegen jede „Fremdherrschaft“ – notfalls auch aus Brüssel.

Die Geschichte derjenigen Völker, die heute etwas vereinfachend gemeinsam als Europäer bezeichnet werden, hat – wiederum geografisch, klimatisch und stammeshistorisch bedingt – regional auch höchst unterschiedliche Mentalitäten entstehen lassen. Kürzlich, bei einigen historischen Studien zur Entwicklung politischer Institutionen, stieß ich auf folgenden Text zum Bürgerverhalten in Steuerfragen: Braucht man

„Geld für öffentliche Zwecke, so erheben die zuständigen Behörden [...] von allen Einwohnern [...] eine Vermögensabgabe [...]. Entspricht dieser Beschluss der Verfassung, so erscheint jeder vor den Steuereinnehmern und wirft [...] in eine dazu aufgestellte Kasse den Betrag, den er nach seinem Gewissen geben zu müssen glaubt. Zeuge für die Richtigkeit dieser Zahlung ist niemand außer dem, der sie leistet. Daraus lässt sich schließen, wie viel Rechtschaffenheit [...] noch in diesen Menschen lebt. [...] Diese Rechtschaffenheit ist in unserer Zeit umso mehr zu bewundern, als sie außerordentlich selten ist.“

Steuermoral sagt man heute dazu. Der Text fährt dann fort, dass französische, spanische und italienische Sitten hierfür zu „verderbt“ seien, stellt aber fest, dass man diese Rechtschaffenheit „eigentlich nur noch bei den Deutschen“ finde.

Na ja, so ganz kann man das heute aus Schweizer Sicht kaum noch bestätigen. Doch aus welcher Zeit stammt wohl dieser Text? Nicht etwa, wie mir auf diese Frage häufig geantwortet wird, aus dem späten 19. Jahrhundert; auch nicht aus dem 18. oder 17. Jahrhundert: Der Text stammt aus den Discorsi von Machiavelli, geschrieben wohl 1513, also vor genau 500 Jahren!

Was sagt uns das? Es sagt nicht, dass die einen besser sind als die anderen – nur dass sie eben anders sind, andere Gewohnheiten haben und deswegen auch anders regiert werden müssen.

Als nach den schrecklichen beiden Weltkriegen des vergangenen Jahrhunderts endgültig geklärt war, dass zur Befriedung Europas kein hegemonialer Weg aus Europa selbst führen könne (Napoleon war ebenso gescheitert wie das faschistische Deutschland), suchte man – nun allerdings unter US-amerikanischer Hegemonie – zur dauerhaften Befriedung einen Weg gleichberechtigter Integration. Und nach allen historischen Erfahrungen war dieser Weg auch der einzig gangbare – und er bleibt

es auch! Aber Geschichte ist eben nicht nur Daten und Ereignisse, nicht nur Siege und Niederlagen, nicht nur Kultur und soziale Entwicklung. Geschichte ist auch mächtige Erinnerung, ist nationale Bindungskraft und damit eine durch sie immer wieder mobilisierbare gegenwärtige Mentalität.

Doch berücksichtigt man das im Einigungsprozess Europas? Was machte man nach 1945? An die Stelle hegemonialer Träume der Vergangenheit trat jetzt ein neuer Traum der „Vereinigten Staaten von Europa“. Dabei beachtete man jene geschichtsgeprägten mentalen Unterschiede der Völker kaum und versuchte die einst so mächtigen nationalen, historisch gewachsenen Bindungskräfte für ein befriedetes Europa durch abstrakte rechtliche Konstruktionen zu ersetzen. Man orientierte sich dabei sogar bis heute oft an den USA, deren Geschichte doch eine ganz andere war und schließlich auch erst durch einen hegemonialen Bürgerkrieg von Nord gegen Süd zur Einheit geführt werden konnte. Und dann dauerte es doch noch über 100 Jahre bis ein Präsident der Republikanischen Partei im Süden der USA politisch Fuß fassen konnte – denn Lincoln, der siegreiche Nordstaatler, war Republikaner gewesen! Und so ist es kein Wunder, dass sogar noch heute vieles in den USA viel föderaler organisiert ist, als es Kommission und Parlament in der EU zulassen wollen.

Die Gründungsväter von 1957 allerdings, die Unterzeichner der Römischen Verträge selbst, sogar Jean Monnet (oft als der wichtigste Gründungsvater gepriesen), sie waren damals in ihren Erwartungen bescheidener. Doch schon der erste Präsident der Kommission, Walter Hallstein, Beamter, Jurist und nicht Politiker, verstand unter den von ihm geforderten „Vereinigten Staaten von Europa“ einen starken zentralen Staat, geführt von einer Kommission und deren „Aufsichtsrat“, den Chefs der Nationalstaaten. „Supranationalität“ nicht „Subsidiarität“ war sein Stichwort, sein Ziel. Und das galt letztlich auch für Jacques Delors, den anderen großen, Europa prägenden Kommissionspräsidenten. Auch er war kein Politiker, kein in erster Linie gewählter Mann, kaum erfahren in den Mühsalen demokratischer Prozesse und störrischer nationaler Mentalitäten (wenn man von seiner kurzen Mitgliedschaft im Europäischen Parlament von 1975 bis 1981 absieht). Beide, Hallstein und Delors, vertraten juristisch konstruierte Konzeptionen und waren getrieben von der Überzeugung, nur ein großes europäisches Staatsgefüge könne dem wachsenden internationalen Wettbewerb anderer Großmächte gewachsen sein. Man könne also – etwas salopp gesagt – Europa bauen, als sei es ein Legokasten. Die Europäische Union ist aber kein kulturelles Projekt – bei dem es viele Gemeinsamkeiten gibt –, sondern ein politisches, für das Unterschiede in Geschichte, Mentalität und Strukturen erheblich sind.

Schon die pauschale Blickweise auf vereinheitlichte „Größe“ war in dieser Allgemeinheit vermutlich rückwärtsgerichtet. Hallstein konnte natürlich damals noch nicht die tief greifenden Veränderungen der Globalisierung und des diese treibenden Inter-

nets (und deren Kommunikationsgeschwister) berücksichtigen; Delors schon eher. Globalisierung ist ein evolutionärer Prozess und hat als solcher inzwischen die Bedeutung der Größe eines Staates relativiert und durch die Fähigkeit zur Flexibilität ersetzt. In mancher Beziehung – wie übrigens oft in der Evolution – kann Größe dabei sogar hinderlich sein. Das Tempo der wissenschaftlichen und weltwirtschaftlichen Veränderungen jedenfalls erlaubt gegenwärtig ganz offenbar kleineren Einheiten eher eine erfolgreichere Entwicklung. Die Hitliste der Wettbewerbsfähigkeit verschiedener Industriestaaten, zum Beispiel, nennt 2012 unter den besten fünf diese Reihenfolge: Schweiz, Singapur, Finnland, Schweden und die Niederlande. Dann erst folgt Deutschland und darauf die USA. Zufall? Die Frage ist also: Größe für welche Aufgabe, Dezentralität für welche anderen Aufgaben?

Die Schlussfolgerung aus dieser Erfahrung lautet aus meiner Sicht: Belasst im Prozess der Globalisierung, auch um der Flexibilität willen, möglichst viel Verantwortung bei den kleineren Einheiten, also heute bei den Nationalstaaten. Denn je mehr Verantwortung diese tragen, desto flexibler und demokratischer bleibt das ganze „System Europa“.

Dieser Grundsatz gilt übrigens immer, wenn Staaten mit langer Geschichte, wenn Gemeinschaften verschiedener Sprache, Religion und sozialer Tradition sich miteinander zu einem Bund zusammenfinden sollen. Hier ist dann in Zeiten der Globalisierung nichts wichtiger als eine klare Begrenzung der Aufgaben, die auf zentraler Ebene geordnet werden sollen. Die Frage, was in Europa auf lokaler, was auf regionaler Ebene, was von den Nationalstaaten und was gemeinsam, also zentral, zu entscheiden und zu verantworten sei, wird aber heute für Europa nicht im Systemverständnis geklärt. Nicht ohne Grund beherrschen in den USA, in der Schweiz, in Kanada und so weiter – also in föderal organisierten Staaten – Fragen des Föderalismus den innenpolitischen Dialog. Auch Deutschland hatte im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts zwei bedeutsame Föderalismuskommissionen; streitend, aber dann doch sehr produktiv: Klarere Abgrenzungen der Verantwortungen, zum Beispiel für das Bildungswesen, und deutlichere Verantwortungen für die Finanzen, zum Beispiel durch die Einführung der Schuldenbremse, waren unter anderem das Ergebnis.

Auch Europa versteht sich als föderaler Verbund. In der Europäischen Union scheint aber bis heute das undefinierte und niemals konkretisierte Stichwort „Subsidiarität“ zu genügen. Wer zum Beispiel die Zuständigkeitskataloge der Europäischen Union (Artikel 2, 3 und 4 des Vertrages über die Arbeitsweise) und dann das „Protokoll (Nr. 2) zur Anwendung“ liest, kann das Buch nur verwirrt schließen. Alle können für alles zuständig sein. Vermutlich sieht die Kommission in ihrem Selbstverständnis deswegen auch alles als ihre Zuständigkeit an. Trotz des Gebotes der Subsidiarität bleibt Einheitlichkeit das Ideal von Kommission und Parlament. Diese

widerspricht jedoch nicht nur dem Konzept des Föderalismus und der in Lissabon vertraglich vereinbarten Subsidiarität, sie macht auch unflexibel und könnte am Ende tödlich für Wirtschaft und Demokratie in Europa sein. Die Betonung der Subsidiarität ist deswegen nicht „euroskeptisch“, sie unterscheidet nur funktional, wer in Europa wofür zuständig sein sollte.

Wenn aber diese Analyse stimmt, nämlich dass in der sich evolutionär entfaltenden Globalisierung Flexibilität eine zentrale Voraussetzung für das soziale Überleben sein wird und dass Flexibilität ohne ständige demokratische Rückkoppelung wiederum nicht denkbar ist, dann müssen wir auch den institutionellen Aufbau und die Integration der Europäischen Union in erster Linie aus dieser Sicht entwickeln. Das wiederum heißt, Europapolitik sollte so viel wie irgend möglich bei den Mitgliedstaaten belassen, weil nur eine Politik der auf die Besonderheiten der Nation angepassten Maßnahmen eine erfolgreiche Politik für Industrie, Dienstleistung, Arbeitsrecht und Sozialpolitik in Europa ermöglicht. Nur in der Subsidiarität kann Europa den internationalen Wettbewerbsbedingungen erfolgreich entsprechen. Wer nämlich – um nur zwei Beispiele zu nennen – versuchen würde, schwedische mit italienischer Sozialpolitik oder deutsche mit französischer Industriepolitik zu fusionieren, der müsste heute – und auf jede absehbare Zeit – scheitern und würde im Scheitern schließlich Europa zerstören. Für Außenwirtschaft und Verteidigungspolitik, zum Beispiel, würde etwas anderes gelten.

Die Krise hat uns also an eine bedeutsame Wegscheide geführt: Soll die Zukunft mehr europäische Zentralität erbringen, wirklich sozialpolitisch, wirtschaftlich und haushaltspolitisch „Vereinigte Staaten“ schaffen, dann auch mit weitreichender, gemeinsamer Haftung für die Schulden aller Mitgliedstaaten in europäischer Solidarität, oder braucht ein leistungsfähiges, demokratisches Europa die Nationalstaaten als Basis politisch akzeptierter, also demokratisch legitimierter Verantwortung unter einem föderativen europäischen Dach? In Schlagworten: „Vereinigte Staaten von Europa“ oder Europa als „Vaterland der Vaterländer“? Diese Frage steht hinter allen gegenwärtigen europäischen Debatten und Streitfragen.

Wenn wir diese Debatte offen, aufrichtig und selbstkritisch führen, dann müssen wir zu allererst bereit sein die notwendigen Schlüsse aus der Eurokrise zu ziehen: Der Euro in dieser Form, zum damaligen Zeitpunkt, mit dieser Mitgliedschaft war ein schwerwiegender Fehler – den Euro heute aufzugeben, wäre es allerdings auch. Wenn wir nun die bitteren gegenwärtigen Erfahrungen der Eurozone nicht verstehen und nicht daraus lernen, sondern – wie kürzlich zum Beispiel Jürgen Habermas oder die Europa-Abgeordneten Cohn-Bendit und Verhofstadt – ein von dieser Erfahrung ungetrübtes Weiter-so-und-nun-erst-recht postulieren, dann handeln wir unprofessionell und leichtfertig. Können diese Freunde Europas denn die zentrifugalen Kräfte nicht erkennen, die heute sogar zu einem neuen Separatismus innerhalb der National-

staaten führen? Vielleicht sollten diese gutwilligen Enthusiasten, die immer weitere Zentralisierung und immer neue Aufgaben und Kompetenzen für Kommission und Europäisches Parlament verlangen, auch einmal auf einige sozialwissenschaftliche Daten blicken: Da stellte, zum Beispiel, das Allensbacher Institut im Oktober 2012 die Frage, wo der deutsche Bürger meinte, keinerlei Einfluss zu haben: Bei lokalem Geschehen sind es nur 14 Prozent der Bürger, bei Entscheidungen auf europäischer Ebene aber 75 Prozent! Und wollen wir dann, gute Demokraten, die wir doch auch sein sollten, immer mehr Zuständigkeiten an Kommission und EU-Parlament übertragen und so dem Einfluss der Bürger entziehen? Wo wären dann Mehrheitsentscheidungen eines aus 27 Staaten zusammengesetzten Parlaments eine befriedigende Antwort für deutsche Bürger? In welchen Aufgabenbereichen?

1939 schrieb Hayek einen bemerkenswerten Artikel mit dem Titel „Die wirtschaftlichen Voraussetzungen föderativer Zusammenschlüsse“. Da heißt es:

„Wenn wohl in einem Nationalstaat die Unterwerfung unter den Willen einer Majorität durch den Mythos der Nationalität erleichtert wird, so muss es doch klar sein, dass die Bevölkerung sich nicht willig Eingriffen in die Dinge ihres täglichen Lebens fügen wird, wenn die Majorität, die die Regierungsgeschäfte lenkt, aus Menschen von anderer Nationalität und anderen Traditionen besteht. Schließlich entspricht es nur dem gesunden Menschenverstand, die Zentralregierung in einem Bundesstaat, der aus vielen verschiedenen Völkern zusammengesetzt ist, in ihrem Tätigkeitsbereich einzuschränken, wenn sie es vermeiden soll, wachsenden Widerstand vonseiten, der verschiedenen zu ihm gehörigen Gruppen zu begegnen.“

Gut, Hayek ist bei diesen stürmischen Europäern ohnehin nicht sehr beliebt, aber klug scheinen seine Gedanken dann doch. Und „gesunder Menschenverstand“ wäre unentbehrlich, auch in der Europapolitik.

Wenn wir die Ursachen der Eurokrise aber verstehen, dann kann die Krise Europas uns sogar voranbringen. Denn nun sind wir gezwungen, die Folgen der Globalisierung für unsere Gesellschaften und die daraus resultierenden Konsequenzen für den institutionellen Aufbau unseres Kontinents zu überdenken. Erfolgreich werden wir dabei allerdings nur sein, wenn wir die wahren Ursachen der Krise verstehen, wenn wir die Krise nicht auf Banken und Ratingagenturen schieben, sondern erkennen, dass wir selbst die Ursachen geschaffen haben. Und das heißt: Die Wurzeln der Krise waren nicht Banken, sondern ein Euro, der eine leichtfertige Vernachlässigung der historischen und mentalen nationalen Unterschiede im Prozess der europäischen Integration mit sich brachte.

Denn es war diese Missachtung der großen Unterschiede, die dazu führte, dass einige Mitgliedstaaten nach der Euroeinführung, weil sie nämlich ihre alte Gewohn-

heit der Wechselkursanpassung durch Abwertung nicht mehr ausüben konnten, nicht die politische Kraft hatten, nun durch Reformen mit den Anforderungen der Globalisierung Schritt zu halten. Stattdessen erlagen sie der süßen Verlockung niedriger Zinsen im Euroraum, verloren Wettbewerbsfähigkeit und häuften Schulden über Schulden. Wer aber Mitglied einer weltoffenen EU bleiben will, der muss die für eine Wirtschaft in der Globalisierung notwendigen innenpolitischen Anpassungen jetzt schmerzhaft und eilig nachholen.

Denn nichts anderes drängt doch heute die südlichen Mitgliedstaaten zu den dort so heftig umstrittenen Reformen. Es ist eben kein „deutsches Diktat“, wenn Europa sparen und seine Gesellschaften flexibler organisieren muss, sondern es sind globaler Wettbewerb und Globalisierungserfahrungen, die uns Deutsche auch in anderen europäischen Ländern auf diese Reformen drängen lassen! Ich wünsche mir, wir würden dies in Europa endlich klarer machen. Allerdings: Auch wir Deutschen werden uns erneut der Aufgabe weiterer Anpassungen an die Herausforderungen der Globalisierung stellen müssen.

Nur wenn wir Europäer diese Notwendigkeit ständiger gesellschaftlicher Anpassungen an eine freie, global eingebettete Gesellschaft begreifen, dann die notwendigen Reformen politisch und demokratisch eingehend begründen und durchsetzen, wird auch der Euro überleben können. Aber wo die Völker einerseits für ihre Budgetpolitik auf nationaler Souveränität beharren und andererseits eine zentralisierte Haftungsgemeinschaft für fremde Staatsschulden fordern, kann es keinen Fortschritt geben.

Was muss also in der drängenden Eurofrage geschehen? Zunächst bleibt es dabei, dass die bisher mit Schulden überdeckten Anpassungsnotwendigkeiten nicht durch neue Schulden erleichtert werden können. „Austerity“, Schuldenbegrenzung, ist ein erster unerlässlicher, wenn auch schmerzhafter Schritt. Dieser Schritt der „Schuldenbremse“ muss aber von Reformen begleitet werden, die wieder eine internationale (nicht nur innereuropäische!) Wettbewerbsfähigkeit jedes einzelnen Mitgliedstaates herstellen. Sodann muss ein System der Fiskalkontrolle so umgesetzt werden, dass man zwar die in den nationalen Haushalten verankerte Notwendigkeit einzelner Anpassungsschritte bei den Mitgliedstaaten belässt, denn nur sie können die konkreten Schritte demokratisch umsetzen. Aber im Haushaltsvolumen selbst muss es wirksame Disziplinierungen durch zentrale Institutionen der EU geben. Der Vorschlag, ein Finanzkommissar könne einen überbordenden nationalen Haushalt pauschal verwerfen, erscheint insofern vernünftig. Aber am Ende muss auch für nationale Schulden eine nationale Haftung bestehen. Und das wird nur durch die organisierte Möglichkeit einer Insolvenz von Mitgliedstaaten der Eurozone erreichbar sein. Diese Drohkulisse ist noch immer das beste Instrument für ein Bewusstsein eigener staatlicher Verantwortung.

Wenn das alles in der Eurozone geordnet sein wird, dann allerdings steht im Notfall einer gegenseitigen Solidarität nichts im Wege. Aber diese kann es eben nur im Ausnahmefall geben: Eine nationale Haushaltssouveränität neben unbegrenzter solidarischer Haftung für die Schulden anderer Mitgliedstaaten wäre ein Unding.

Ich sagte es bereits: Für das Dach Europa, für die Europäische Union, bleiben dann noch immer viele große Aufgaben: Außenwirtschaft, Verteidigung, Binnenmarkt, Wettbewerbsregeln, Verkehrsregeln, Energiesicherheit, Umweltschutz und so weiter – hier und in vielen anderen Bereichen ist gemeinsames Handeln nützlich und notwendig. Aber wer glaubt, man könne in der Europäischen Union die Einzelheiten der Sozialpolitik, der Lohnpolitik, der Forschungspolitik, der Technologiepolitik oder gar die Steuerung der nationalen und regionalen Konjunkturen vergemeinschaften, der hat weder das nationale Beharren noch die Produktivität dieses Beharens begriffen. Eine europäische Sozialpolitik, zum Beispiel, würde Europa unregierbar machen.

Europa braucht jetzt einen neuen Anlauf für seine institutionelle Ordnung, für die Verteilung von Aufgaben und Zuständigkeiten an Rat, Kommission und Parlament. Subsidiarität muss systematisch konkretisiert werden. Das ist angesichts der Machtinteressen von Kommission und Parlament allerdings ein nahezu hoffnungsloses Unterfangen.

Europa ist eine Flotte im Verbund. Aber nicht der Wind bestimmt die Richtung des Schiffes, sondern das Segel, wie man es setzt. Und wenn die Staatsschiffe der Union so verschieden groß und historisch auch so unterschiedlich gebaut sind, wie wir sie heute vor uns sehen, dann müssen auch diese Schiffe im Sturm der Globalisierung ihre Segel unterschiedlich setzen, um im großen Verband sicher in derselben Richtung fahren zu können.

Nur ein dezentral verantwortliches, pragmatisches Europa, eng verbunden im Ziel und in denjenigen Aufgaben, die unbedingt zentral geregelt sein müssen, aber viel freier in der Einzelentscheidung der Nationen, kann die Zukunft sichern. Nur ein offener Lernraum nationaler „best practices“ wird Europa in der Globalisierung wettbewerbsfähig erhalten. Die zentralisierten „Vereinigten Staaten von Europa“ mögen ein Traum bleiben, ein Traum für sehr viel spätere Zeiten. Seine Träume mag man sich bewahren, aber auf dieser Erde geht man doch sicherer Schritt für Schritt.

Verleihung des Potsdamer Nachwuchswissenschaftler-Preises durch den Oberbürgermeister der Stadt Potsdam, Jann Jakobs

Sehr geehrte Frau Ministerin,
sehr geehrter Herr Prof. Dr. Stock,
sehr geehrte Mitglieder der Berlin-Brandenburgischen
Akademie der Wissenschaften,
meine Damen und Herren,

es ist mir eine große Freude, hier heute Abend im feierlichen Rahmen des Einsteintages den Potsdamer Nachwuchswissenschaftler-Preis zu überreichen. Ich möchte mich herzlich bei Herrn Prof. Dr. Stock und der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften für die gastfreundschaftliche Aufnahme bedanken.

In Potsdam ist in Sachen Wissenschaft in den letzten Jahren viel bewegt und weiter entwickelt worden. Wissenschaft ist zu einem echten Markenzeichen Potsdams geworden. Lernende, Lehrende und Forschende spielen eine herausragende Rolle für die Entwicklung dieser Stadt und bilden ihr wichtigstes Zukunftspotenzial.

Mit dem Nachwuchswissenschaftler-Preis zeichnet die Landeshauptstadt Potsdam junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Region Potsdam für besondere Leistungen am Beginn ihrer wissenschaftlichen Laufbahn aus. Der Potsdamer Nachwuchswissenschaftler-Preis ist eine Möglichkeit, junge Menschen an unsere Stadt zu binden.

Wir verleihen den Preis bereits zum sechsten Mal. Ich bin stolz darauf, dass dieser Preis nun zu einer festen Größe geworden ist. Dies sieht man auch daran, dass jedes Jahr eine Vielzahl an hochqualifizierten Bewerbungen bei der Jury eingereicht wird. Es ist wirklich bewundernswert, mit welchem Engagement und welcher Sorgfalt so junge Menschen komplexe wissenschaftliche Zusammenhänge untersuchen und darstellen. Auch wenn die Auswahl der besten Arbeit unter vielen hochklassigen Arbeiten immer eine schwere Aufgabe für die Juroren ist, hat die Jury bei der Entscheidung stets eine gute Hand bewiesen. Unsere Preisträger arbeiten erfolgreich im In- und Ausland und manche von Ihnen erhielten sogar weitere Auszeichnungen wie zum Beispiel die Otto-Hahn-Medaille der Max-Planck-Gesellschaft oder den Deutschen Studienpreis.

Nachdem wir letztes Jahr erstmals eine geisteswissenschaftliche Arbeit ausgezeichnet haben, konnte sich in diesem Jahr eine juristische Arbeit durchsetzen. Dies

freut mich sehr, denn in den letzten Jahren waren die von der Juristischen Fakultät der Universität Potsdam eingereichten Arbeiten stets unter den vorderen Plätzen der Endauswahl. Die Auszeichnung rückt die Qualität wissenschaftlicher Arbeit an der Universität Potsdam und ihrer Juristischen Fakultät bei der wissenschaftlichen Bearbeitung aktueller Fragen, gerade auch im völker- und europarechtlichen Bereich, auf besondere Weise in den Fokus.

Bei den Jurymitgliedern möchte ich mich für die konstruktive Zusammenarbeit herzlich bedanken. Ich bitte nun Herrn Prof. Dr. Kleger auf die Bühne, der Ihnen die diesjährige Preisträgerin Rebekka Wiemann vorstellen wird.

Vielen Dank!

Laudatio auf Rebekka Wiemann

HEINZ KLEGER

Sehr geehrte Damen und Herren,

Frau Rebekka Wiemann erhält den mit 5.000 Euro dotierten Potsdamer Nachwuchswissenschaftler-Preis 2012 für ihre besonderen Leistungen auf dem Gebiet der Rechtswissenschaft. Sie ist 1982 in Wuppertal geboren, inzwischen verheiratet und Mutter eines Kindes.

Als Stipendiatin der Studienstiftung des deutschen Volkes studierte Frau Wiemann Rechtswissenschaft in Passau und Mainz. Das Erste Juristische Staatsexamen legte sie im Jahr 2006 in Rheinland-Pfalz als Landesbeste von insgesamt 855 Kandidaten ab, das Zweite Juristische Staatsexamen 2008 unter den ersten 1 bis 2 Prozent.

Bereits während ihres Studiums interessierte sich Frau Wiemann vor allem für Europa- und Völkerrecht sowie den Rechtsvergleich. Nach einem ergiebigen Forschungsaufenthalt an der Harvard Law School legte sie an der Universität Potsdam im Herbst 2011 eine Dissertation zum Thema „Sexuelle Orientierung im Völker- und Europarecht“ vor, die mit summa cum laude bewertet wurde.

Dass es sich bei Frau Wiemann um eine hervorragende Juristin handelt, belegt auch ihre derzeitige Tätigkeit für den juristischen Dienst des Generalsekretariats des Rates der Europäischen Union, nachdem sie ihre vorherige Tätigkeit bei den Vereinten Nationen in Genf aufgegeben hat. Ihr Betreuer, Professor Zimmermann, Leiter des MenschenRechtsZentrums an der Universität Potsdam, schreibt, dass „Frau Wiemann für alle Arten internationaler Führungstätigkeit in Betracht kommt“, zumal sie noch sehr jung ist.

Für eine Rückkehr in die Wissenschaft – und damit an die Juristische Fakultät der Universität Potsdam –, die sich Frau Wiemann vorbehält, spricht schon ihre erwähnte exzellente Dissertation, die man auch gleich als Habilitation werten könnte, um die intellektuelle Abwanderung aus der Universität etwas aufzuhalten. Darin analysiert sie, nach den Worten ihres Gutachters, „erstmals umfassend“ die Rechtsstellung homosexueller Personen im Völkerrecht und im Recht der Europäischen Union.

Die aufwendige und detaillierte, gleichwohl für einen Nicht-Juristen angenehm lesbare Arbeit von Frau Wiemann schließt damit eine große Forschungslücke, zumal die weit überwiegende Mehrheit der Literatur auf diesem Gebiet aus dem US-ameri-

kanischen Raum stammt. Mit der breit angelegten Recherche unterschiedlicher Rechtssysteme wird gleichzeitig die grundsätzliche Frage der Menschenrechte im Spannungsfeld von Universalismus und kulturellem Relativismus erörtert. Dabei wird zum einen deutlich, dass sich das Völker- und Unionsrecht in den letzten Jahrzehnten mit geradezu rasanter Geschwindigkeit verändert hat, was den Schutz von Homosexualität anbelangt. Auf der anderen Seite wird aber ebenso deutlich, dass überall noch Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung existieren. Einverständliche Homosexualität unter Erwachsenen ist in mehr als 80 Staaten der Welt unter Strafe gestellt, bis hin zur Todesstrafe. Letzteres bildet den einen Pol des Spektrums, der andere Pol existiert etwa in Norwegen, wo gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren können. Mit der zweifellos universellen Frage der sexuellen Orientierung wird mithin regional sehr unterschiedlich umgegangen. Vor allem die kulturellen Konzepte der Ehe und des Familienstandes bilden die Grenze des Universalismus.

In Frau Wiemanns Arbeit stellt sich die Frage, wie hier das Völkerrecht, welches die staatliche Souveränität menschenrechtlich zu imprägnieren versucht, einen Ausgleich finden kann, ohne seine eigenen Standards aufzugeben. Obwohl innerhalb Europas aufgrund der Harmonisierung durch das EU-Recht die Unterschiede geringer ausfallen, gibt es dennoch gravierende Unterschiede. Wir brauchen nur in das größte Nachbarland von Brandenburg, in das katholisch geprägte Polen zu schauen.

Die Untersuchung von Frau Wiemann stellt einen spannenden Beitrag zur Zeitgeschichte des Völker- und Europarechts dar, welcher zu denken gibt. Die Tabuisierung und fehlende Thematisierung der Homosexualität im Recht reicht bis in die 90er Jahre des 20. Jahrhunderts hinein. Selbst Amnesty International diskutiert anfangs der 90er Jahre noch, ob Schwulen- und Lesbenrechte überhaupt zu den allgemein anerkannten Menschenrechten gehören. Das „Coming-out“ des Themas erfolgt auf universeller Ebene in den 90er Jahren erst durch die Teilnehmer an internationalen Konferenzen. Seitdem hat sich allerdings sehr viel sehr schnell verändert, bis in die Sprache hinein, die von der Gender-Forschung bestimmt wird, so dass es schwer fällt, noch mitzuhalten. Frau Wiemann zieht hier Bilanz, ihre gründliche Analyse wird als veröffentlichtes Buch Orientierung geben.

Das Thema hat große gesellschaftspolitische Bedeutung für eine zusammenwachsende Welt, in der sich Deutschland in Menschenrechtsfragen zunehmend positioniert, wie jüngst die Petersburger Dialoge wieder gezeigt haben. In diesem Zusammenhang freue ich mich, dass mit diesem Preis auf die Arbeit des MenschenRechtsZentrums der Universität Potsdam, welches 1994 gegründet worden ist, hingewiesen werden kann. Die Philosophie und das neue, wenig strukturierte Politikfeld der Menschenrechte sind nicht so einfach und selbstverständlich, wie es vielleicht scheinen mag. Sie bedürfen mehr als anderes der interdisziplinären wissenschaftlichen Unterstüt-

zung und Reflexion, wofür die Universität der richtige Ort ist. Auch die Menschenrechte, Formen sexueller Orientierung zu schützen, sind keineswegs offensichtlich. Man muss sich schon in den Auslegungstreit hineinbegeben und/oder neue Rechte fordern, was beides ohne Handlungsmacht und juristischen Flankenschutz nicht erfolgreich sein wird.

Von aktueller Bedeutung für Deutschland ist die Flüchtlingspolitik, wo es um Anerkennungskämpfe für Asylgründe und die Art der Verfahren selber geht, in denen es – euphemistisch ausgedrückt – schwierig ist, Verfolgung aufgrund sexueller Orientierung zu beweisen. Einlässlich untersucht Frau Wiemann die Frage, welche Rechte auf Schutz Homosexuelle haben, die ihr Heimatland verlassen müssen, weil sie dort wegen ihrer Homosexualität verfolgt werden. Damit gibt sie Impulse für eine rechtspolitische Diskussion, die immer wieder zu heftigen Frontstellungen Anlass gibt.

Die von Oberbürgermeister Jakobs geleitete Jury, der Frau Professor Neiman vom Einsteinforum, Professor Emmermann vom Deutschen Geoforschungszentrum, Professor Lipowsky vom Max-Planck-Institut für Kolloid- und Grenzflächenforschung, Professor Kliegl vom Institut für Psychologie, Professor Müller-Röber vom Institut für Biochemie und der Laudator angehörten, sind einhellig zur Auffassung gelangt, Frau Rebekka Wiemann für ihre hervorragende wissenschaftliche Arbeit als Preisträgerin vorzuschlagen.

Sie wünschen ihr für die Zukunft viel Glück und Erfolg.

Verleihung der Preise der Akademie durch den Präsidenten Günter Stock

Verleihung des Preises der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften gestiftet von der Monika Kutzner Stiftung zur Förderung der Krebsforschung an Thomas G. Hofmann

Der Preis der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften gestiftet von der Monika Kutzner Stiftung zur Förderung der Krebsforschung wird in diesem Jahr an Herrn Dr. Thomas G. Hofmann verliehen.

Thomas G. Hofmann (Jahrgang 1971) studierte in Heidelberg Biologie und wurde im Jahre 2000 am Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) Heidelberg mit summa cum laude promoviert. Anschließend war er als Postdoc am Heinrich-Pette-Institut – Leibniz-Institut für Experimentelle Virologie in Hamburg tätig und ging 2004 als Gruppenleiter an das Deutsche Zentrum für Alternsforschung nach Heidelberg. Seit 2006 ist er Leiter der Nachwuchsgruppe *Zelluläre Seneszenz* am Deutschen Krebsforschungszentrum.

Im Jahr 2001 wurden er und Hüseyin Sirma gemeinsam für ihre Arbeit zur Regulierung der Zellvermehrung und des kontrollierten Zelltods mit dem Preis der Werner Otto Stiftung ausgezeichnet. 2004 erhielt Thomas G. Hofmann gemeinsam mit Kristijana Milovic für die Beschreibung eines neuen Signalweges beim programmierten Zelltod den Georg-Ernst-Konjetzny-Preis.

Thomas G. Hofmanns Forschungsgegenstand ist ein grundsätzliches zellbiologisches Schlüsselereignis. Zelluläre Seneszenz ist ein genetisch festgelegtes Programm, welches in nahezu allen Körperzellen (ausgenommen Keimbahn- und Stammzellen) nach Ablauf einer begrenzten Zellteilungskapazität oder nach irreparablen Erbgutschäden aktiviert wird und weitere Zellteilungen verhindert. Krebszellen setzen dieses Programm außer Kraft und erlangen so eine unbegrenzte Teilungsfähigkeit.

Der molekulare Mechanismus der zellulären Seneszenz läuft weitgehend über die gleichen konservierten Signalübertragungswege, die nach Schädigung der Erbsubstanz aktiviert werden und deren Reparatur kontrollieren. Die Aufklärung dieser Signalwege sowie die Identifizierung der beteiligten Signalübertragungskomponenten stellt ein vorrangiges Ziel der Arbeit von Thomas G. Hofmann dar. Er untersucht mit seiner Forschungsgruppe, wie in proliferierenden Zellen Überleben und Proliferation einerseits sowie Seneszenz und apoptotischer Zelltod andererseits

geregelt und welche molekularen Signale hierbei beteiligt sind. Dieser Entscheidungsprozess ist nach seinen Untersuchungen eng mit der Funktion des Proteins p53 – einem wichtigen Tumorsuppressor-Gen – in speziellen Zellkerndomänen assoziiert. Die in hochrangigen wissenschaftlichen Zeitschriften veröffentlichten Forschungsergebnisse weisen einen neuen Apoptose- und Seneszenz-Mechanismus aus. Die in diesem Steuerungsprozess involvierten Proteine wurden definiert. Dies ist sowohl für die Karzinogenese als auch für die zytostatischen Krebstherapien ein zellbiologisches Schlüsselereignis – eine außergewöhnliche Leistung von zweifellos grundlegender Bedeutung für die Krebsforschung.

Indem Thomas G. Hofmann der diesjährige Preis der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften gestiftet von der Monika Kutzner Stiftung verliehen wird, würdigt die Akademie seine herausragenden Leistungen auf dem Gebiet der Krebsforschung.

Verleihung des Preises der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften gestiftet von der Peregrinus-Stiftung (Rudolf Meimberg) für herausragende Leistungen von Wissenschaftlern aus den ost- und südosteuropäischen Ländern an Natalia Artemieva

Natalia Artemieva, 1959 in Jekaterinburg in der damaligen UdSSR geboren, hat in Moskau Physik und Mathematik studiert und wurde 1996 in beiden Fächern promoviert. Seit 1991 ist sie Senior Researcher am Institut für Geosphärendynamik der Russischen Akademie der Wissenschaften, und seit 2006 ist sie auch Senior Scientist am Planetary Science Institute in Tucson (Arizona, USA). Ihre Forschungen führten sie an die Universitäten in Arizona, Kiel und Toronto sowie an das Institut de physique du globe de Paris, das Imperial College (London) und an das Museum für Naturkunde in Berlin.

Natalia Artemieva betreibt Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Planetologie, der Meteoriten- und Impaktforschung. Sie ist eine international ausgewiesene Expertin für physikalisch-mathematische Theorien der Hochgeschwindigkeits-Kollisionen fester Körper im Planetensystem. In ihren Arbeiten finden sowohl die durch die Kollision ausgelöste Ausbreitung und Wirkung von Stoßwellen in festen, flüssigen und gasförmigen Medien als auch jene nachfolgenden Massenbewegungen eine besondere Berücksichtigung, die zur Kraterbildung und zu einer bestimmten räumlichen Verteilung der Auswurfmassen führen. Sie hat bahnbrechende Beiträge zur Entwicklung numerischer Modelle zur quantitativen Erfassung jener Prozesse vorgelegt, die für die geologische Entwicklung der festen terrestrischen Planeten und Monde von fundamentaler Bedeutung sind und auch Auswirkungen auf die Entstehung und Entwicklung des Lebens auf der Erde haben.

Zusammen mit Valery V. Shuvalov und Boris A. Ivanov hat sie wesentliche Grundlagen zur Entwicklung von numerischen Codes und Zustandsgleichungen geschaffen, die für Modellrechnungen zur Wechselwirkung fester Körper untereinander und zur Wechselwirkung fester Körper mit Fluiden bei kosmischen Geschwindigkeiten erforderlich sind. Erst diese Methoden haben die enormen Fortschritte ermöglicht, die in den zurückliegenden 20 Jahren international auf diesem Gebiet erzielt wurden. Über die physikalisch-geologischen Aspekte hinaus haben ihre Forschungen weitreichende Folgen für eine Neubewertung der biologischen Entwicklung der Erde und des möglichen interplanetaren Transfers von primitiven Lebensformen innerhalb der sogenannten habitablen Zone (Erde–Mars) des Sonnensystems.

Natalia Artemieva hat damit einen bedeutenden Beitrag zur Akzeptanz eines der beiden grundlegenden Paradigmenwechsel in der Planetologie seit den 1960er Jahren geleistet – nämlich der Erkenntnis, dass die Erde kein geschlossenes System darstellt, sondern durch Prozesse im Planetensystem mit gesteuert wird, die sowohl die geologische Evolution aller terrestrischen planetaren Körper als auch die biologische Evolution der Erde entscheidend beeinflusst haben.

Indem Natalia Artemieva der diesjährige Preis der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften gestiftet von der Peregrinus-Stiftung verliehen wird, würdigt die Akademie ihre herausragenden Leistungen.